



Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe des Newsletters „Windenergierecht aktuell“ der Stiftung Umweltenergierecht zu präsentieren. Unser Newsletter informiert Sie regelmäßig über windenergiebezogene Themen aus den Bereichen

- Gesetzgebung und rechtspolitische Entwicklungen
- Rechtsprechung und
- Literatur

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und freuen uns, wenn Sie unseren Newsletter weiterempfehlen!

Herzliche Grüße

Thorsten Müller

Vorsitzender des
Stiftungsvorstandes

Frank Sailer

Leiter Forschungsgebiet
Energieanlagen- und
Infrastrukturrecht

**Aktuelles aus der Stiftung
Umweltenergierecht**

Online-Seminarreihe:
Jeden letzten Dienstag
im Monat
9:00 bis 10:00 Uhr
[Green Deal erklärt](#)

**Mehr Informationen
finden Sie auf unserer
[Veranstaltungsseite.](#)**

Inhalt

I. Gesetzgebung und Vollzug	3
1. Gesetzgebung	3
2. Vollzug	3
II. Rechtspolitische Entwicklung	4
1. Bund	4
2. Bundesländer	6
a. Baden-Württemberg	6
b. Bayern	7
c. Brandenburg	7
d. Hamburg	7
e. Hessen	8
f. Niedersachsen	9
g. Nordrhein-Westfalen	9
h. Rheinland-Pfalz	9
i. Sachsen	10
j. Thüringen	10
III. Aktuelle Rechtsprechung	13
1. Bundesverwaltungsgericht	13
2. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe	13
3. Verwaltungsgerichte	17
IV. Literatur	19
1. Juristische Aufsätze und Beiträge	19
2. Bücher	26
3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen	27
4. Sonstiges	32

I. Gesetzgebung und Vollzug

1. Gesetzgebung

Gesetzentwurf der Landesregierung von Brandenburg

Betreffend: Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz– BbgWEAAbG

LT-Drucksache: 7/4559 vom 23.11.2021

Über den Inhalt: Der Gesetzentwurf regelt als Voraussetzung für die Außenbereichsprivilegierung von Windenergieanlagen, dass diese einen Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohngebäuden einhalten müssen.

→ [Zur Drucksache](#)

Gesetzesbeschluss des Landtags von Baden-Württemberg

Betreffend: Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg vom 6.10.2021

LT-Drucksache: 17/943 vom 8.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

2. Vollzug

Mitteilung der Europäischen Kommission

Betreffend: Leitfaden zum strengen Schutzsystem für Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse im Rahmen der FFH-Richtlinie

Aus dem Inhalt: „2007 wurde der erste Leitfaden zum strengen Schutzsystem für Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse im Rahmen der FFH-Richtlinie¹ veröffentlicht. Mit diesem sollte ein besseres Verständnis der Artenschutzbestimmungen und der verwendeten Fachbegriffe erreicht werden. Im Anschluss an den Fitness-Check der EU-Naturschutzrichtlinien (2014–2016) hat die Europäische Kommission den Aktionsplan für Menschen, Natur und Wirtschaft angenommen, um eine bessere, intelligentere und kostengünstigere Umsetzung der Richtlinien zu fördern. In Maßnahme 1 des Aktionsplans wurde u. a. eine Aktualisierung des Leitfadens gefordert. Dies wurde angesichts der jüngsten Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) für notwendig erachtet, um eine bessere Vereinbarkeit mit allgemeineren sozioökonomischen Zielen sicherzustellen. Der vorliegende Leitfaden ist das Ergebnis dieser Überarbeitung.“

→ [Zum Dokument](#)

II. Rechtspolitische Entwicklung

1. Bund

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und Freie Demokraten (FDP)

**Betreffend: Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP)
Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit**

Über den Inhalt: „Der Koalitionsvertrag sieht eine Vielzahl an Maßnahmen für den Ausbau der Windenergie vor. Unter anderem sollen für die Windenergie an Land zwei Prozent der Landesflächen ausgewiesen werden und die nähere Ausgestaltung des Flächenziels im Baugesetzbuch erfolgen. Zudem macht es sich die Koalition zu ihrer gemeinsamen Mission, den Ausbau der Erneuerbaren Energien drastisch zu beschleunigen und alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. Das Erneuerbaren-Ziel soll auf einen höheren Bruttostrombedarf von 680-750 TWh im Jahr 2030 ausgerichtet werden. Davon sollen 80 Prozent aus Erneuerbaren Energien stammen. Die Kapazitäten für Windenergie auf See werden auf mindestens 30 GW 2030, 40 GW 2035 und 70 GW 2045 erheblich gesteigert. Das Repowering soll erleichtert werden und Rechtssicherheit im Artenschutzrecht geschaffen werden.“

→ [Zum Dokument](#)

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold vom 18. November 2021 auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Michael Ependiller (AfD) vom 15. November 2021

Betreffend: Inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung bei Windkraftanlagen in Deutschland das Recycling alter Rotorblätter aus glasfaserverstärktem Kunststoff fortgeschritten oder abgeschlossen (Anteile erneuerter Rotorblätter, alte Rotorblätter in Zwischenlagern „geparkt“, geschreddert als Betonzusatz, vgl. Auch Ökostrom macht Probleme, Die Entsorgung von Windkraftanlagen ist kompliziert, Deutschlandfunk vom 18. Dezember 2020, www.deutschlandfunk.de/auch-oekostrom-macht-probleme-die-entsorgung-von.697.de.html?dram:article_id=489544)?

BT-Drucksache 20/104 vom 19.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Beschluss des Bundesrates

Betreffend: EntschlieÙung des Bundesrates „Gewährleistung des Arbeitsschutzes in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ)“

BR-Drucksache: 729/21 vom 5.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

2. Bundesländer

a. Baden-Württemberg

Kleine Anfrage des Abgeordneten Udo Stein (AfD) vom 29.11.2021

Betreffend: Geplante Orte für bis zu 1000 neue Windkraftanlagen in Baden-Württemberg

LT-Drucksache: 17/1341 vom 30.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 10.11.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Klaus Hoher (FDP/DVP) vom 15.10.2021

Betreffend: Entwicklung des Windenergieausbaus im Landkreis Bodensee

LT-Drucksache: 17/997 vom 18.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 25.10.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christian Jung und Georg Heitlinger (FDP/DVP) vom 29.9.2021

Betreffend: Entwicklung des Windenergieausbaus im Neckar-Odenwald-Kreis

LT-Drucksache: 17/896 vom 29.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 25.10.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christian Jung und Alena Trauschel (FDP/DVP) vom 29.9.2021

Betreffend: Entwicklung des Windenergieausbaus im Landkreis Karlsruhe

LT-Drucksache: 17/897 vom 28.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 11.10.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Christian Jung vom 20.9.2021

Betreffend: Entwicklung des Windenergieausbaus im Rhein-Neckar-Kreis

LT-Drucksache: 17/840 vom 18.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

b. Bayern

Antwort der Landesregierung vom 03.12.2021 auf die schriftliche Anfrage mehrerer Abgeordneter der AfD-Fraktion vom 7.9.2021

Betreffend: Windbruch- und Windwurfholz im Nationalpark Bayerischer Wald

LT-Drucksache: 18/18125 vom 4.12.2021

→ [Zur Drucksache](#)

c. Brandenburg

Antwort der Landesregierung vom 19.11.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Philip Zeschmann (BVB/Freie Wähler) vom 9.10.2021

Betreffend: Zu den Auswirkungen der Unwirksamkeit nunmehr aller Regionalpläne zur Windenergienutzung in Brandenburg

LT-Drucksache: 7/4564 vom 24.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 19.11.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB/Freie Wähler) vom 8.10.2021

Betreffend: Sicherungsmittel für den Rückbau von Windenergieanlagen

LT-Drucksache: 7/4564 vom 24.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 17.11.2021 auf die kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der AfD-Fraktion vom 22.10.2021

Betreffend: Abriss von Windenergieanlagen in Brandenburg

LT-Drucksache: 7/4550 vom 22.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 7.10.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Philip Zeschmann (BVB/FW) vom 10.9.2021

Betreffend: Geplanter Ausbau der Windenergienutzung in Brandenburg

LT-Drucksache: 7/4351 vom 12.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

d. Hamburg

Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Jersch (Die Linke) vom 29.11.2021

Betreffend: Windenergieausbau in Hamburg – Mehr erneuerbarer Strom für den Klimaschutz

LT-Drucksache: 22/6577 vom 29.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Sandro Kappe (CDU) vom 27.10.2021

Betreffend: Windkraftanlagen in Hamburg

LT-Drucksache: 22/6179 vom 27.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 26.10.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Sandro Kappe (CDU) vom 18.10.2021

Betreffend: 2 Prozent der Hamburger Stadtfläche für Windkraftanlagen – ist das umsetzbar?

LT-Drucksache: 22/6061 vom 26.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

e. Hessen

Antwort der Landesregierung vom 29.11.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Marius Weiß (SPD) vom 18.10.2021

Betreffend: Windkraftanlagen in der Gemeinde Heidenrod

LT-Drucksache: 20/6548 vom 30.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 12.11.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Marius Weiß (SPD) vom 7.10.2021

Betreffend: Verwaltungsgerichtsverfahren Windräder auf dem Taunuskamm

LT-Drucksache: 20/6509 vom 15.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 8.11.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten René Rock (FDP) vom 20.8.2021

Betreffend: Teilregionalplan Erneuerbare Energien Südhessen, Genehmigungsverfahren Windpark Hohe Wurzel Taunuskamm und politische Einflussnahme

LT-Drucksache: 20/6274 vom 12.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 1.11.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Marion Schardt-Sauer (FDP) vom 18.8.2021

Betreffend: Gefährdung des Hauser Waldes durch Windkraftvorhaben

LT-Drucksache: 20/6267 vom 1.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten René Rock (FDP) vom 27.10.2021

Betreffend: Gutachten Windpark „Hohe Wurzel“ Taunuskamm

LT-Drucksache: 20/6598 vom 27.10.2021

[→ Zur Drucksache](#)**f. Niedersachsen**

Antwort der Landesregierung vom 18.11.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Imke Byl und Christian Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) vom 21.10.2021

Betreffend: Wird der Bau von Kleinwindanlagen durch die Regierungsfractionen erschwert?

LT-Drucksache: 18/10253 vom 18.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)**g. Nordrhein-Westfalen**

Kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems (Bündnis 90/Die Grünen) vom 22.11.2021

Betreffend: Betreibt Ministerpräsident Wüst bewusste Desinformation über die Windenergie?

LT-Drucksache: 17/15672 vom 22.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 26.10.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Frank Sundermann (SPD)

Betreffend: Wie lang ist die Realisierungsdauer beim Bau von Windenergieanlagen (WEA)?

LT-Drucksache: 17/15460 vom 26.10.2021

[→ Zur Drucksache](#)**h. Rheinland-Pfalz**

Kleine Anfrage der Abgeordneten Iris Nieland und Ralf Schönborn (AfD) vom 3.11.2021

Betreffend: Entsorgung von Windkraftanlagen

LT-Drucksache: 18/1459 vom 5.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU) vom 22.10.2021

Betreffend: Stellungnahme des MAB-Komitees zu Windenergieanlagen im Biosphärenreservat Pfälzerwald

LT-Drucksache: 18/1378 vom 27.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Wäschenbach (CDU) vom 4.10.2021

Betreffend: Windkraftanlagen auf dem Hümmerich (Kreis Altenkirchen)

LT-Drucksache: 18/1236 vom 6.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

i. Sachsen

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jörg Dornau (AfD) vom 1.12.2021

Betreffend: Imagekampagne “Aufwind für Sachsen”

LT-Drucksache: 7/8300 vom 2.12.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Andreas Heinz (CDU)

Betreffend: Genehmigung von Windenergieanlagen

LT-Drucksache: 7/8175 vom 16.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 9.11.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Hannes Loth (AfD)

Betreffend: Kollisionsoffermonitoring an Windenergieanlagen - Fledermäuse

LT-Drucksache: 8/339 vom 10.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 5.11.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lieschke (AfD)

Betreffend: Kollisionsoffermonitoring an Windenergieanlagen - Vögel

LT-Drucksache: 8/319 vom 8.11.2021

→ [Zur Drucksache](#)

j. Thüringen

Antwort der Landesregierung vom 12.11.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Marius Weiß (SPD) vom 7.10.2021

Betreffend: Verwaltungsgerichtsverfahren Windräder auf dem Taunuskamm

LT-Drucksache: 20/6509 vom 15.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 29.10.2021

Betreffend: Bau und Betrieb von Windkraft-Prototypen in Thüringen

LT-Drucksache: 7/2580 vom 8.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 27.10.2021

Betreffend: Speicherung Erneuerbarer Energien durch Pumpspeicherwerke in Thüringen – Teil II

LT-Drucksache: 7/2573 vom 5.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 26.10.2021

Betreffend: Aktueller Stand von Windkraftanlagen, Repowering und Windvorranggebieten in Thüringen

LT-Drucksache: 7/2564 vom 2.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 25.10.2021

Betreffend: Vorprüfung zur Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung für den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen – nachgefragt

LT-Drucksache: 7/2563 vom 2.11.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 5.10.2021

Betreffend: Geplanter Bau von Windrädern in der Gemeinde Grabfeld – Teil II

LT-Drucksache: 7/2497 vom 15.10.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 5.10.2021

Betreffend: Geplanter Bau von Windrädern in der Gemeinde Grabfeld – Teil I

LT-Drucksache: 7/2496 vom 15.10.2021

[→ Zur Drucksache](#)

Mündliche Anfrage der Abgeordneten Tasch (CDU) vom 5.10.2021

Betreffend: Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen

LT-Drucksache: 7/4165 vom 7.10.2021

→ [Zur Drucksache](#)

III. Aktuelle Rechtsprechung

1. Bundesverwaltungsgericht

BVerwG mit Beschluss vom 8. Oktober 2021 – 7 B 1/21

Erfolgreiche Nichtzulassungsbeschwerde nach Abweisung einer Anfechtungsklage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für zwei WEA

Aus dem Inhalt: Umgang mit Änderungen der Sach- oder Rechtslage nach Genehmigungserteilung im Hinblick auf die Prüfung des Vorliegens von Verboten des Artenschutzrechts

2. Obergerverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

OVG Berlin mit Urteil vom 21. Oktober 2021 – OVG 11 B 2.18

Erfolgreiche Berufung gegen die Verpflichtung zur Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für drei WEA

Aus dem Inhalt: Voraussetzungen des Windkraftmoratoriums gemäß § 2 c Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG), Voraussetzungen einer Ausnahme gemäß § 2 c Abs. 2 RegBkPIG

OVG Berlin mit Beschluss vom 23. September 2021 – OVG 11 S 119/20

Erfolgreiche Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Widersprüche gegen die Genehmigung von zwei WEA in erster Instanz

Aus dem Inhalt: Gegenstand der UVP bei zeitlich nachfolgend beantragten WEA-Vorhaben; Standsicherheit von WEA gemäß § 12 Abs. 1 BbgBO beim Unterschreiten eines Abstands von weniger als fünf Rotordurchmessern; Abstandsflächenvorgaben des § 6 BbgBO

OVG Berlin mit Urteil vom 9. September 2021 – 10 A 25.19

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen eine Veränderungssperre für das Gebiet eines Bebauungsplans, der eine Nutzung für WEA vorsieht.

Aus dem Inhalt: Bestimmtheitsgebot und materielle Voraussetzungen einer Veränderungssperre

OVG Greifswald mit Beschluss vom 5. Oktober 2021 – 1 M 245/21

Erfolgreiche Beschwerde nach Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung von zwei WEA in erster Instanz

Aus dem Inhalt: Signifikanz des Tötungsrisikos gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG im Falle der Errichtung von WEA im Ausschlussbereich und der Abschaltung der WEA während der Balz-, Brut- und Jungvögelaufzuchtzeit

OVG Greifswald mit Urteil vom 24. August 2021 – 1 LB 21/16

Erfolgreiche Berufung gegen das aufhebende Bescheidungsurteil in erster Instanz

Aus dem Inhalt: Verhältnis des Signifikanzrahmens der UMK zu den Windenergie-Erlassen der Bundesländer im Zusammenhang des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG; Berücksichtigung von artenschutzrechtlichen Vorbelastungen bei der Genehmigung von Repowering-Anlagen

OVG Koblenz mit Urteil vom 31. März 2021 – 1 A 10858/20

Erfolgreiche Berufung gegen die Aufhebung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für drei WEA in erster Instanz

Aus dem Inhalt: keine nachbarschützende Wirkung von Zielfestsetzungen eines Landesentwicklungsprogramms; Erfordernis einer Umweltverträglichkeitsprüfung; Anforderungen an eine allgemeine Vorprüfung nach dem UVPG; Bestimmung der näheren Umgebung im Sinne des § 34 BauGB; Ermittlung der zu erwartenden Schallimmissionen von Windenergieanlagen; erhebliche Belästigung durch Infraschall, optisch bedrängende Wirkung von Windenergieanlagen und Zumutbarkeit der Belastung durch Schattenwurf

OVG Lüneburg mit Urteil vom 18. Oktober 2021 – 12 LB 110/19

Teilweise erfolgreiche Berufung gegen die Versagung eines Anspruchs auf Erteilung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheids über die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von zwei WEA in erster Instanz

Aus dem Inhalt: Erforderlichkeit einer UVP-Vorprüfung bzw. einer UVP-Prüfung im Zusammenhang der Spruchreife einer Verpflichtungsklage; Windfarm im Sinne des UVPG und Windenergieanlagen-Gruppe im Sinne der 4. BImSchV

OVG Lüneburg mit Beschluss vom 24. September 2021 – 12 ME 45/21

Teilweise erfolgreiche Beschwerde nach Abweisung eines Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung von Widersprüchen gegen die Genehmigung von sechs WEA

Aus dem Inhalt: Anwendbarkeit des § 63 BImSchG; Prüfungsumfang bei erfolgreicher Darlegungsbeschwerde; gerichtliche Prüfung der Selbstbindung an den niedersächsischen Artenschutzleitfaden; auslegungspflichtige Unterlagen; Verunstaltung des Orts- und Landschaftsbildes bei 200 m hoher Windkraftanlage; Grenzen der richterlichen Kontrolle naturschutzfachlicher Risikoabschätzungen der Genehmigungsbehörde im Eilverfahren

OVG Münster mit Urteil vom 22. November 2021 – 10 D 56/20.NE

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen eine Veränderungssperre für den Bereich eines zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplans

Aus dem Inhalt: Voraussetzungen für den Erlass der Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB

OVG Münster mit Beschluss vom 4. November 2021 – 7 B 918/21

Erfolgreiche Beschwerde nach Abweisung eines Antrags auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für zwei WEA

Aus dem Inhalt: Anforderungen an eine allgemeine Vorprüfung nach dem UVPG; Anwendbarkeit des § 63 BImSchG

OVG Münster mit Beschluss vom 28. Oktober 2021 – 7 B 781/21.AK

Erfolgloser Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für eine WEA

Aus dem Inhalt: Voraussetzungen für die Zurückstellung von Baugesuchen nach § 15 Abs. 1 BauGB und § 15 Abs. 3 BauGB, räumlicher Umfang einer Zurückstellung nach § 15 Abs. 1 BauGB

OVG Münster mit Beschluss vom 28. Oktober 2021 – 7 B 782/21.AK

Erfolgloser Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für eine WEA

Aus dem Inhalt: Voraussetzungen für die Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 Abs. 2 Satz 3 BauGB; Voraussetzungen für die Zurückstellung von Baugesuchen nach § 15 Abs. 1 BauGB und § 15 Abs. 3 BauGB

OVG Münster mit Beschluss vom 5. Oktober 2021 – 7 B 530/21.AK

Erfolgreicher Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen einen Zurückstellungsbescheid des Antragsgegners

Aus dem Inhalt: Voraussetzungen für die Zurückstellung von Baugesuchen nach § 15 Abs. 3 BauGB

OVG Münster mit Beschluss vom 27. September 2021 – 8 A 1144/21

Erfolgloser Antrag der Klägerin auf Zulassung der Berufung nach Abweisung einer Verpflichtungsklage auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für zwei WEA

Aus dem Inhalt: Anforderungen an die Fristenkontrolle bei fristgebundenen Schriftsätzen

OVG Münster mit Urteil vom 13. September 2021 – 2 D 134/20.NE

Erfolgloser Normenkontrollantrag gegen eine Veränderungssperre für den Bereich eines in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans

Aus dem Inhalt: Voraussetzungen für den Erlass einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB auch unter Berücksichtigung des "Klimabeschlusses" des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021

OVG Schleswig mit Beschluss vom 30. August 2021 – 5 MR 5/21

Beschluss zur sachlichen Unzuständigkeit des OVG Schleswig

Aus dem Inhalt: Zuständigkeit der Oberverwaltungsgerichte gemäß § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a VwGO im Falle des Einbezugs eines Änderungsbescheids in die bei einem Verwaltungsgericht vor dem 10. Dezember 2020 erhobene Klage gegen die Genehmigung einer WEA

OVG Weimar mit Beschluss vom 16. September 2021 – 1 EO 145/21

Erfolgloser Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für drei WEA

Aus dem Inhalt: Anwendbarkeit des § 63 BImSchG, Begriff des „Dritten“ im Sinne des § 63 BImSchG; Frist zur Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde nach § 36 BauGB

VGH Mannheim mit Beschluss vom 26. Oktober 2021 – 10 S 471/21

Erfolgloser Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen die immissionsschutzrechtliche Neugenehmigung einer WEA

Aus dem Inhalt: Anwendbarkeit des § 63 BImSchG; Voraussetzungen für die Anordnung der aufschiebenden Wirkung gemäß § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO

VGH Mannheim mit Urteil vom 30. September 2021 – 10 S 1956/20

Teilweise erfolgreiche Berufung gegen die Aufhebung eines Widerspruchsbescheids, mit dem für drei WEA eine Befreiung von den Verboten von Schutzgebietsverordnungen erteilt wurde, in erster Instanz

Aus dem Inhalt: Anwendungsbereich des § 36 Abs. 1 BauGB; immissionsschutzrechtliche Konzentrationswirkung in Bezug auf Befreiungen nach § 67 Abs. 1 BNatSchG, Rechtsfolge einer entgegen § 13 BImSchG erteilten naturschutzrechtlichen Befreiung

3. Verwaltungsgerichte

VG Arnsberg mit Urteil vom 16. November 2021 – 4 K 576/20

Erfolglose Drittanfechtungsklage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für zwei WEA

Aus dem Inhalt: Erforderlichkeit einer allgemeinen Vorprüfung nach dem UVPG; schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des § 3 Abs. 1 BImSchG (Lärmimmissionen, Schattenwurf); keine nachbarschützende Wirkung der Verletzung artenschutzrechtlicher oder landschaftsschutzrechtlicher Vorschriften

VG Darmstadt mit Urteil vom 09. September 2021 – 7 K 1081/15.DA

Erfolgreiche Anfechtungsklage gegen Gebührenbescheide der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH in der Gestalt des Widerspruchsbescheids des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung

Aus dem Inhalt: Zur Ermessenswidrigkeit der Richtlinie der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH über Gebühren für gutachtliche Stellungnahmen zur Zustimmung von Baugenehmigungen von Windkraftanlagen – Stand: August 2014

VG Frankfurt (Oder) mit Urteil vom 31. August 2021 – 7 K 981/15

Erfolglose Drittanfechtungsklage gegen eine bauaufsichtliche Zustimmung zum Neubau einer Wetterradaranlage im Eignungsgebiet Windenergienutzung

Aus dem Inhalt: Voraussetzungen der Verwirkung des Klagerechts

VG Hannover mit Urteil vom 28. Oktober 2021 – 12 A 6814/17

Erfolglose Drittanfechtungsklage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für vier WEA

Aus dem Inhalt: Tötungs- und Verletzungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG in Bezug auf Rotmilan, Mäusebussard, Feldleche und Fledermäuse

IV. Literatur

1. Juristische Aufsätze und Beiträge

Baars, Anja Baars/Gatz, Stephan

Das neue nordrhein-westfälische Gesetz zum Mindestabstand für Windenergieanlagen

Zeitschrift für Neues Energierecht (ZNER) 2021, Heft 5, S. 450-456

Aus dem Inhalt: „Mit dem „Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen“, in Kraft getreten zum 15. Juli 2021, hat der Landesgesetzgeber in NRW Gebrauch gemacht von der 2020 (wieder-)eingeführten Länderöffnungsklausel in § 249 Abs. 3 BauGB. Kern der Neuregelung ist die Einführung eines Mindestabstandes von 1.000 m, den Windenergieanlagen in NRW künftig einhalten müssen, um im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegiert zu sein.“

Baur, Kathrina/Lehnert, Wieland/Vollprecht, Jens

Die finanzielle Beteiligung von Gemeinden an Windenergieprojekten gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 EEG 2021 aus kommunaler Sicht - Der FA Wind Mustervertrag zur kommunalen Teilhabe – wichtige Passagen für Gemeinden (Teil 1)

Zeitschrift der Kommunaljurist (KommJur) 2021, Heft 10, S. 361-367

Aus dem Inhalt: „Lange Zeit wurde ein rechtlicher Weg gesucht, wie Kommunen stärker an der Wertschöpfung lokaler Windenergieprojekte teilhaben können. Mit dem EEG 2021 wurde eine Regelung eingeführt, die mutmaßlich zur Akzeptanzsteigerung dieser Projekte beitragen soll. Nachfolgend wird diese Norm aus kommunaler Sicht untersucht und in ihren Einzelheiten erläutert.“

Baur, Kathrina/Lehnert, Wieland/Vollprecht, Jens

Die finanzielle Beteiligung von Gemeinden an Windenergieprojekten gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 EEG 2021 aus kommunaler Sicht - Der FA Wind Mustervertrag zur kommunalen Teilhabe – wichtige Passagen für Gemeinden (Teil 2)

Zeitschrift der Kommunaljurist (KommJur) 2021, Heft 11, S. 401-405

Aus dem Inhalt: „Mit § 6 EEG 2021 (bzw. Mit der Vorgängerregelung § 36 k EEG 2021 a. F.) wurde eine Regelung ins EEG eingeführt, die zur kommunalen Teilhabe an Windenergieprojekten beitragen soll. In dem ersten Teil des Beitrags in KommJur 2021, 361 (Heft 10), wurde die Norm vorgestellt und erläutert. Nachfolgend soll nun die Umsetzung der Regelung durch den Mustervertrag der Fachagentur Windenergie an Land e. V. dargelegt werden.“

Becker Büttner Held/Deutsche Energieagentur (dena)**Versäumnisse ausräumen, Blockaden lösen, Impulse setzen – 14 Maßnahmen zur wirkungsvollen Beschleunigung der deutschen Energie- und Klimawende**

November 2021

Aus dem Inhalt: „Das richtige Marktdesign ist für das Ziel der Klimaneutralität 2045 zentral. Die Ausgestaltung des passenden Rahmens für die Energiewende und Klimaschutz ist dementsprechend kompliziert und vielschichtig. Gleichzeitig sind viele Aufgaben in der vergangenen Legislaturperiode liegengeblieben. Die neue Bundesregierung muss nun schnell zentrale Schritte einleiten, um die Energie- und Klimawende wirkungsvoll beschleunigen. Hierfür hat die dena zusammen mit der Kanzlei Becker Büttner Held (bbh) 14 Maßnahmen identifiziert, die mit einem verhältnismäßig geringen Aufwand eine möglichst große Wirkung erzielen. Die Vorschläge setzen dort an, wo es darum geht, bekannte Versäumnisse auszuräumen, Blockaden zu lösen sowie Impulse zu setzen. Alle 14 Maßnahmen stellen einen konstruktiven und schlanken Vorschlag für die neue Bundesregierung dar und können schnell Dynamik entstehen lassen.“

→ [Zum Dokument](#)

Bund-Länder-Kooperationsausschuss**Betreffend: Bericht des Bund-Länder-Kooperationsausschusses zum Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie zu Flächen, Planungen und Genehmigungen für die Windenergienutzung an Land an die Bundesregierung gemäß § 98 EEG 2021 Berichtsjahr 2021**

Oktober 2021

Aus dem Inhalt: „Zur Koordinierung des Ausbaus der Erneuerbaren, insbesondere der Erfassung der Ziele der Länder und deren Umsetzungsstand, wurde im EEG der Kooperationsausschuss der zuständigen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre von Bund und Ländern geschaffen. Nach dem EEG berichten die Länder dem Sekretariat des Kooperationsausschusses jährlich zum 31. August über den Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Die gesetzlich festgelegte Aufgabe des Ausschusses ist die Auswertung der Berichte der Bundesländer zum Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Rahmen des jährlichen Monitorings zur Zielerreichung. Ein besonderes Augenmerk liegt laut EEG dabei auf dem aktuellen Stand der Flächenausweisung sowie den Genehmigungen für Anlagen zur Stromerzeugung aus Windenergie an Land. Die Länder haben dem Sekretariat des Kooperationsausschusses zum Berichtszeitraum 2020 ihre Berichte übermittelt. Der vorliegende Bericht enthält die Auswertungen der Berichte der Bundesländer. Er ist der erste Bericht dieser Art.“

Er dient der Bundesregierung laut EEG als Grundlage für ihren Monitoringbericht, in dem festgestellt werden soll, ob die erneuerbaren Energien in der für die Erreichung des 65 %-Ziels erforderlichen Geschwindigkeit ausgebaut werden.“

→ [Zum Dokument](#)

Czudaj, Robin

Die Anwendung der artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG auf Windenergieanlagen an Land

Verwaltungsrundschau (VR) 2021, Heft 11, S. 367-376

Aus dem Inhalt: „Der für die Erfüllung der Klima- und Umweltziele der Bundesregierung bedeutende Ausbau der Windenergie ist in den letzten Jahren massiv eingebrochen. Vor allem dort wo Vogel- oder Fledermausarten Gefahr laufen, von sich drehenden Rotoren erfasst zu werden, erweist sich das Artenschutzrecht immer wieder als massives Hindernis für die Genehmigung einer Windenergieanlage (WEA). Hierbei stehen nach Verweis durch § 7 Abs. 2 Nr. 13, 14 BNatSchG, gemäß Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie (V-RL) sowohl sämtliche europäische Vogelarten, als auch gemäß Anhang IV der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL), unter anderem alle Fledermausarten unter dem besonderen Schutz des § 44 BNatSchG. Dieser stellt somit die zentrale Schutznorm des besonderen Artenschutzes und gleichzeitig den Ausgangspunkt des ersten Prüfungsschritts im Rahmen der dreistufigen Prüfung zur artenschutzrechtlichen Genehmigungsfähigkeit einer WEA dar.“

Faller, Rico

Französisches Appellationsgericht stellt Veränderungen des Gesundheitszustandes durch tieffrequenten Schall und Infraschall, ausgehend von Windenergieanlagen, fest. - Urteil des Cour d'appel de Toulouse vom 8. Juli 2021 – 20/01384 –

November 2021

Aus dem Inhalt: „Der „Cour d'appel de Toulouse“, ein Berufungsgericht, hat mit dem nun veröffentlichten Urteil vom 8. Juli 2021 eine obergerichtliche Entscheidung getroffen und ein Urteil des „Tribunal de Grande Instance“ aufgehoben. Es hat damit den Klägern, die in der Nähe von sechs Windenergieanlagen wohnen, Recht gegeben und festgestellt, dass der Betrieb der Anlagen in einer Entfernung von 700 m bis 1.300 m zu Veränderungen des Gesundheitszustandes geführt hat. Das Berufungsgericht hat nach entsprechender Überprüfung in seinem Urteil ausgeführt, dass die Kläger unter dem auf tieffrequenten Schall und auf Infraschall zurückzuführenden sog. Windturbinensyndrom leiden. Es hat ihnen einen Schadensersatzanspruch in Höhe von 128.000 € zugesprochen.

Die Begründung des obergerichtlichen Urteils bestätigt den insofern eingetretenen Erkenntnisfortschritt der letzten Jahre (I) und dürfte auch für die hier in Deutschland geführte Diskussion um dieses Thema Bedeutung haben (II).“

→ [Zum Dokument](#)

Herzer, Benjamin

Außenbereichssatzungen und Ziele der Raumordnung im Lichte von Landesgesetzen nach § 249 III BauGB

Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR) 2021, Heft 8, S. 830-835

Aus dem Inhalt: „Außenbereichssatzungen ermöglichen die Schaffung von Baurechten mit relativ geringem Aufwand. Darüber hinaus können die Satzungen bei der Abstandsbestimmung von Windenergieanlagen von Bedeutung sein, sofern das Landesrecht dies auf Grundlage des kürzlich reaktivierten § 249 III BauGB vorsieht. In Nordrhein-Westfalen trat vor kurzem ein solches Gesetz in Kraft; in Thüringen befindet sich ein entsprechender Gesetzentwurf aktuell im Verfahren. Die Aufstellung einer Außenbereichssatzung setzt insbesondere voraus, dass die Satzung mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbar ist. Dies umfasst auch die Beachtung von Zielen der Raumordnung.“

Institut für angewandte Ökologie e.V.

Working Paper – Energiewende möglich machen: Windenergieanlagen an Land zügig und nachhaltig realisieren

November 2021

Aus dem Inhalt: „Die Autor*innen plädieren dafür, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und dafür ein Gesetz zu schaffen, ein „Windenergie an Land“-Gesetz. Somit kann auf Bundesebene eines der grundsätzlichen Hemmnisse – die Unterschiede und Rechtsunsicherheiten in der Flächensteuerung und in den Genehmigungsverfahren – beseitigt werden. Der zentrale Vorschlag dieses Papiers zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie an Land ist die Einführung eines Gesetzes zur Entwicklung und Förderung der Windenergie an Land (WaLG).“

→ [Zum Dokument](#)

Kirch, Thorsten

Die Netzanbindung von Windenergieanlagen auf See im Küstenmeer

Infrastrukturrecht (IR) 2021, Heft 10, S. 221-225

Aus dem Inhalt: „Am 26.7.2021 ist das Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im energiewirtschaftsrecht in Kraft getreten. In diesem Zusammenhang wurden in § 17d VI bis IX EnWG gesonderte Regelungen zur Netzanbindung von Flächen für Windenergieanlagen (WEA) auf See im Küstenmeer ergänzt.“

Kirch, Thorsten/Huth, Julia

Die Erzeugung von grünem Wasserstoff durch Windenergieanlagen auf See

Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ) 2021, Heft 10, S. 344-351

Aus dem Inhalt: „Die Offshore-Windenergie zeichnet eine vergleichsweise stetige Stromerzeugung und eine hohe durchschnittliche Volllaststundenzahl aus. Zudem sind die Stromgestehungskosten für die Erzeugung von Strom aus Offshore-Windenergieanlagen in den letzten zehn Jahren sehr stark gesunken. Windenergieanlagen auf See verfügen damit über entscheidende Vorteile zur Erzeugung von grünem Wasserstoff. Der nachfolgende Beitrag beleuchtet die derzeit geltenden rechtlichen Grundlagen für die Erzeugung von Wasserstoff durch Windenergieanlagen und Elektrolyseure auf See nach dem Wind-SeeG und die Vergabe der Flächen nach der Verordnung zur Vergabe von sonstigen Energiegewinnungsbereichen in der ausschließlichen Wirtschaftszone.“

Kment, Martin

Bedingte Konzentrationszonen: Ein neues Gestaltungsmittel des BauGB zur Förderung von Flächenausweisung für Windenergieanlagen

Verwaltungsarchiv (VerwArch) 2021, Heft 4, S. 459-489

Aus dem Inhalt: „[...] Die Energiewende hat aber auch weitreichende normative Auswirkungen, die weit über den Erlass von primär klima- oder energierechtlich bezogenen Gesetzen hinausgehen. Auch planungsrechtliche Bereiche sind durch Anstrengungen zugunsten der Energiewende gekennzeichnet. Dies betrifft zunächst die Schaffung von spezifischem Fachplanungsrecht, wie etwa des NABEG, welches sich der Errichtung oder Änderung von länderübergreifenden oder grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen und Anbindungsleitungen von den Offshore-Windpark-Umspannwerken zu den Netzverknüpfungspunkten an Land annimmt. Außerdem können gesetzgeberische Anstrengungen im Bereich des Gesamtplanungsrechts, das nach seinem Wesen nicht themenspezifisch ausgerichtet ist, verzeichnet werden. So wurden insbesondere durch Art. 1 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22. Juli 2015 der Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien vorrangig in den Blick genommen, um die Energiewende voranzubringen.“

Kümper, Boas

Perspektiven einer Fachplanung für Windenergieanlagen - Überlegungen zur Funktion verschiedener Zulassungsregime

Die öffentliche Verwaltung (DÖV) 2021, Heft 23, S. 1056-1066

Aus dem Inhalt: „Der Ausbau der Windenergiegewinnung an Land bleibt seit Jahren hinter den Zielen zurück, deren Erreichung für die Verwirklichung der Energiewende notwendig wäre. Deshalb wurde bereits verschiedentlich die Einführung einer Fachplanung für Windenergieanlagen gefordert. Diese Diskussion möchte der Beitrag aus der Perspektive der Vorhabenzulassung ergänzen und die unterschiedlichen Funktionen des geltenden städtebaurechtlichen Regimes der Außenbereichsprivilegierung (vgl. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB) einerseits sowie einer fachplanerischen Zulassung (Planfeststellung) andererseits betonen, zumal die Gegenüberstellung der verschiedenen Zulassungsregime über jene aktuellen Reformüberlegungen hinausweist.“

Schmidt, Maximilian/Wegner, Nils/Sailer, Frank/Müller, Thorsten

Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie an Land - Leitplanken und Werkzeuge für die Ausweisung zusätzlicher Flächen sowie die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungen

Würzburger Berichte zum Umweltenergierecht Nr. 52 vom 28.10.2021

Aus dem Inhalt: „Die Klimaschutzziele der Europäischen Union und Deutschlands erfordern eine erhebliche Steigerung der Ausbauziele für die Windenergie. Doch schon die bisher festgelegten Ausbauziele werden nicht erreicht, weil die planerische Ausweisung von Flächen für und die Genehmigung von Windenergieanlagen schon seit mehreren Jahren ins Stocken geraten ist. Es bedarf daher einer erheblichen Beschleunigung des Windenergieausbaus. Dazu sind vielfältige Rechtsänderungen erforderlich – und auch möglich. Auch wenn nicht alle aktuell diskutierten Ideen und Vorschläge zielführend oder aufgrund europa- und völkerrechtlicher Vorgaben umsetzbar sind, eröffnen sich dem Gesetzgeber dennoch zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten.“

→ [Zum Dokument](#)

Stuer, Bernhard/Stuer, Eva-Maria

Windenergieplanung vor dem Aus?

Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht (BauR) 2021, Heft 11, S. 1735-1748

Aus dem Inhalt: „Nach Einschätzung fachkundiger Akteure sind die rechtlichen Vorgaben des BVerwG zur Windenergieplanung gescheitert. Die Instrumente der kommunalen und regionalen Planungsträger, auf der Grundlage des § 35 III 3 BauGB, privilegierte Außenbereichsvorhaben nach § 35 I Nr. 2 bis 6 BauGB zu steuern, haben sich vielfach in Luft aufge-

löst. Geblieben ist ein Scherbenhaufen, der vor allem die kommunale und regionale Planungspraxis nicht selten ratlos zurücklässt. Warum ist das so und wie sollte weiter verfahren werden? Die Fragen sind nach der Bundestagswahl vom 26.09.2021 drängend. Jetzt geht es für die Windenergieplanung wohl darum, die Richtung als wichtiger Bestandteil der Energiewende fortzusetzen oder vielleicht doch grundlegend neu zu justieren.“

Verheyen, Roda/Köck, Wolfgang/Pabsch, Séverin

Rechtsgutachten im Auftrag von Agora Energiewende zum Thema: Vorschlag für ein europarechtskonformes (Ausnahme-) Regime für Windkraft an Land

Oktober 2021

Aus dem Inhalt: „Der Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE), insbesondere der Windenergie an Land, ist für das Gelingen der Energiewende im gesamten Bundesgebiet notwendig. Der Szenariorahmen der Bundesnetzagentur aus dem Jahre 2018 geht von einem erforderlichen Zubau von Wind-Onshore von zwei bis drei GW pro Jahr aus; Agora Energiewende hat kürzlich sogar einen Bruttozubaubedarf bis 2030 von jährlich 5 GW errechnen lassen. Bis 2030 sollen demnach in Deutschland aus landseitigen Windenergieanlagen mit 80 GW Gesamtleistung 151 Terawattstunden Strom erzeugt werden und bis 2045 aus 145 GW 309 Terawattstunden. Von dieser Bedarfsabschätzung ist der Ausbau der Windenergie an Land gegenwärtig noch weit entfernt. 2019 betrug der Netto-Zubau lediglich 886 MW. Für 2020 sieht es wieder etwas freundlicher für die Zuwachsraten aus; bedarfsgerecht im Hinblick auf das Erreichen der EE- und Klimaschutzziele ist der Zubau aber bei weitem nicht. Die Ursachen für den gegenwärtigen schleppenden Ausbau der landseitigen Windenergie sind vielfältig. Ein wichtiger Faktor ist auch der europarechtlich vorgeschriebene Artenschutz, der in den Zulassungsverfahren für Windenergieprojekte sehr häufig Anlass für Streit bietet.“

→ [Zum Dokument](#)

Wömmel, Inga M./Hinsch, Andreas

Anwendbarkeit des Interimsverfahrens zur Lärmprognoseberechnung im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2021, Heft 21, S. 1590-1594

Aus dem Inhalt: „Für Genehmigungsbehörden und auch Gerichte spielt die Lärmprognoseberechnung bei Windenergieanlagen seit langem eine wichtige Rolle. Nicht abschließend gerichtlich geklärt ist die Frage, ob weiterhin die Lärmprognoseberechnung nach der TA Lärm und dem von ihr in Bezug genommen Verfahren durchzuführen ist oder das neue so genannte „Interimsverfahren“ herangezogen werden muss. Durch diesen Beitrag soll der rechtliche Hintergrund dieser Fragestellung aufgezeigt werden.“

2. Bücher

Bader, Fabian

Die Bedeutung der Interdependenz zwischen Planung und Regulierung für die Steuerung des Ausbaus der Onshore-Windenergieerzeugung - Am Beispiel des EEG-Ausschreibungsmodells

September 2021

Aus dem Inhalt: „Die Arbeit befasst sich mit der Interdependenz - also der Wechselwirkung - zwischen Planung und Regulierung und deren Auswirkungen auf die Steuerung des Ausbaus der Onshore-Windenergieerzeugung. Im Fokus liegt das EEG-Ausschreibungsmodell, das einen Fördermechanismus etabliert, der Wettbewerb sicherstellen und gleichzeitig der Energiewende dienen soll. Die durch das "EEG-Reparaturgesetz" vorgesehenen Änderungen des EEG 2021 werden bereits berücksichtigt. Der regulatorischen Steuerung stellt die Arbeit die (raum-)planerische Steuerung der Onshore-Windenergie gegenüber. Wegen ihrer praktischen Bedeutung liegt ein Schwerpunkt auf der Konzentrationszonenplanung, § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB. Es werden die Intentionen, Steuerungsmechanismen und Reibungspunkte beider Rechtsregime aufgezeigt. Sodann wird ermittelt, welche (mittelbaren) normativen Verflechtungen und Wechselwirkungen im Rahmen der Rechtsanwendung die im Grundsatz autonomen Steuerungsebenen aufweisen. Es wird einerseits veranschaulicht, inwieweit die planerische Seite eine determinierende Wirkung auf die Funktionsfähigkeit des EEG-Ausschreibungsmodells entfaltet. Andererseits werden die Rückwirkungen des Ausschreibungswettbewerbs auf die (Konzentrationszonen-)Planung herausgearbeitet.“

3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen

Agora Energiewende

Windenergie und Artenschutz – Wege nach vorn

Oktober 2021

Aus dem Inhalt: „Der Ausbau der Windenergie an Land ist in den vergangenen Jahren in Deutschland weit hinter den Notwendigkeiten zurückgeblieben, wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen. Das liegt nicht nur, jedoch auch daran, dass immer wieder Klagen gegen Windenergieprojekte vor Gericht landen und erfolgreich den Bau oder die Inbetriebnahme von Windrädern verhindern oder verzögern. Eines der häufigsten Motive für die Klägerinnen und Kläger ist der Vogelschutz. Und tatsächlich gibt es Vogel-Schlagopfer an Windrädern, die es zu minimieren gilt. Gleichzeitig ist jedoch das größte Risiko für Vögel ein Fortschreiten der Klimakrise, denn diese hat gravierendste Folgen für die Lebensräume der Vögel. Da die Windkraft eine der Schlüsseltechnologien für Klimaschutz und Energiewende ist, gilt es, Artenschutz und den beschleunigten Ausbau der Windenergie in Einklang zu bringen. Zahlreiche Vorschläge, die alle das Ziel verfolgen, den Zielkonflikt zwischen Windkraft und Artenschutz aufzulösen, liegen inzwischen auf dem Tisch. In diesem Arbeitspapier werden die Vorschläge vorgestellt und bewertet, damit die Politik eine informierte Entscheidung treffen kann.“

→ [Zum Dokument](#)

Bons, Marian/Jakob, Martin/Pape, Carsten/Wegner, Nils

Auswirkungen von Gesetzesänderungen auf Raumordnungspläne am Beispiel aktueller Entwicklungen in Thüringen - Ad-hoc-Analyse im Rahmen des Vorhabens „Flächenverfügbarkeit und Flächenbedarfe für den Ausbau der Windenergie an Land“

UBA CLIMATE CHANGE 67/2021

Oktober 2021

Aus dem Inhalt: „Mit dem Inkrafttreten der Länderöffnungsklausel in § 249 Abs. 3 BauGB im Jahr 2020 haben einzelne Länder angekündigt, auf dieser Grundlage eigene Abstandsregelungen für die Windenergie an Land zu schaffen. Rechtlich führen diese Regelungen zur Entprivilegierung von Windenergienutzungen innerhalb der Abstände. Diese sind dort in der Folge regelmäßig nur noch dann zulässig, wenn Kommunen die erforderliche planerische Grundlage im Wege der Bebauungsplanung schaffen. Angesichts der Erfahrungen in Bayern unter der dort geltenden sog. 10 H-Regelung ist zu erwarten, dass die angekündigten Landesregelungen den Umfang an ausgewiesenen Flächen, auf denen Windenergieanlagen bislang umgesetzt werden können, beschränken werden.“

Die vorliegende Analyse zeigt mögliche Auswirkungen landesrechtlicher Mindestabstandsregelungen, aber auch weiterer gesetzlicher Änderungen mit Bedeutung für Windenergienutzungen auf bestehende bzw. im Entwurf vorliegende Raumordnungspläne auf. [...]"

→ [Zum Dokument](#)

Erneuerbare Energien Europa e3 GmbH

Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH/Ökologische Datenerfassung und Forschung GbR

Wie gut schützt IdentiFlight den Rotmilan (*Milvus milvus*)? – Untersuchungen zur Wirksamkeit eines Kamerasystems zum Schutz vor Kollisionen an Windenergieanlagen

Oktober 2021

Aus dem Inhalt: „Die Firma erneuerbare energien europa e3 GmbH plant die Einführung von [IdentiFlight] IDF in Deutschland und strebt die Anerkennung dieses Systems als effektive Schutzmaßnahme im Sinne des § 44 Abs. 5 Nr. 1 BNatSchG an, insbesondere im Hinblick auf den Rotmilan. Hierfür ist gemäß SCHUSTER & BRUNS (2018) eine entsprechende Erprobung und ggf. Weiterentwicklung erforderlich, die die Zuverlässigkeit und prinzipielle Wirksamkeit nachweist. Kontrollierte und wissenschaftlich begleitete Pilotstudien sollen zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit von Ergebnissen einem einheitlichen, an fachwissenschaftlichen Maßstäben orientierten, Methodenstandard folgen (SCHUSTER & BRUNS 2018). Der vorliegende Endbericht stellt die Ergebnisse der Erprobungsuntersuchungen von IDF in Bezug auf die Zielart Rotmilan an sechs Standorten in Ost- und Süddeutschland in den Jahren 2018 bis 2020 dar, die unter neutraler Kontrolle und Qualitätssicherung durch die TÜV NORD Systems GmbH & Co. KG durchgeführt wurden.“

→ [Zum Dokument](#)

Fachagentur Windenergie an Land

Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land - Herbst 2021 - Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur Akzeptanz der Nutzung und des Ausbaus der Windenergie an Land in Deutschland

November 2021

Aus dem Inhalt: „Die repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag der FA Wind zeigt: Insgesamt bewegt sich die Akzeptanz der Windenergie seit Beginn der Umfragen 2015 konstant auf hohem Niveau, von rund 80 Prozent. Das gilt auch für die Akzeptanz bestehender Anlagen. 78 Prozent der Menschen sind mit den Anlagen in ihrer Wohnumgebung einverstanden und drei Viertel der Menschen (74 Prozent) hätte keine großen Bedenken, falls in

ihrer Wohnumgebung erstmals Windenergieanlagen errichtet würden. Auch das Meinungsbild der schweigenden Mehrheit wurde in der Befragung erhoben. Hier ist die Meinung zu Windenergie sogar noch etwas positiver als beim Durchschnitt der Befragten. Allerdings zeigen sich Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit der Projektumsetzung vor Ort. Gleichzeitig wünscht eine deutliche Mehrheit, dass sich die Bundesregierung in Zukunft stärker für den Ausbau der Windenergie an Land einsetzt als bisher (61 Prozent). Weitere Fragen fokussierten auf regionale Wertschöpfung, Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz sowie Meinungen, u. a. zu Flächenzielen für die Länder.“

→ [Zur Umfrage](#)

Fachagentur Windenergierecht an Land

Analyse – Ausbausituation der Windenergie an Land im Herbst 2021

November 2021

Aus dem Inhalt: „In den ersten neun Monaten gingen 345 Windturbinen mit 1.372 MW Leistung in Betrieb – ein Plus von über 50 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020. Allerdings war das vergangene Jahr eines der zubauschwächsten der letzten zwei Jahrzehnte. Die meisten Neuanlagen wurden in Brandenburg installiert, gefolgt von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Eine bedenkliche Entwicklung zeigt sich in Sachsen, wo bis Ende September mehr Windenergieleistung stillgelegt als zugebaut wurde. Auch in weiten Teilen Süddeutschlands blieb der Zubau weit unter dem Erforderlichen zurück. In der sog. Südregion fiel der Anteil am bundesweiten Gesamtzubau sogar auf ein historisches Tief. Einzig Baden-Württemberg kann ein deutliches Zubau-Plus vorweisen und belegt damit im Ländervergleich Rang 5.

Dynamisch entwickelten sich die Genehmigungszahlen: 638 Windturbinen mit 2.962 MW Leistung wurden in den ersten neun Monaten bewilligt - 43 Prozent mehr als im letztjährigen Vergleichszeitraum. Jede vierte genehmigte Windturbine soll in Schleswig-Holstein stehen. Anders zeigt sich die Lage in der Südregion. Dort wurden lediglich 200 MW genehmigt, was einem Anteil von sieben Prozent der bundesweit bewilligten Windenergieleistung entspricht. Die Repowering-Quote liegt nach neun Monaten bei 15 Prozent – ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Im selben Zeitraum stillgelegt wurden 165 Windturbinen mit zusammen 172 MW Leistung - die meisten davon in Schleswig-Holstein.“

→ [Zum Dokument](#)

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE)**Aktuelle Vorschläge zur Veränderung von Planung und Genehmigung der Windenergie an Land**

November 2021

Aus dem Inhalt: „In der vorliegenden Publikation fasst das KNE wesentliche Vorschläge zum beschleunigten bzw. erleichterten Ausbau der Windenergie an Land zusammen und bewertet sie hinsichtlich der Bedürfnisse des Artenschutzes, einer tatsächlich eintretenden Beschleunigung und einer Verbesserung der Rechtssicherheit. Ein Themenblock befasst sich mit den Vorschlägen, die sich im derzeit geltenden Rechtsrahmen bewegen. Ein zweiter Teil ordnet diejenigen Vorschläge ein, die auf neue gesetzliche Regelungen setzen und die Planungs- und Genehmigungsebene betreffen.“

→ [Zum Dokument](#)

Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaft/acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften/Union der deutschen Akademien der Wissenschaften**Vorschläge für einen klimagerechten Ausbau der Photovoltaik und Windenergie**

November 2021

Aus dem Inhalt: „Photovoltaik- und Windenergieanlagen spielen eine Schlüsselrolle für eine klimagerechte Energieversorgung. Zukünftig werden sie einen Großteil des Energiebedarfs decken – auch in den Sektoren Wärme und Verkehr. Studien zeigen: Für Klimaneutralität 2045 muss die Ausbaugeschwindigkeit auf das Drei- bis Vierfache der letzten Jahre erhöht werden. Komplexe und langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, zu wenig ausgewiesene Flächen und eine unzureichende Bürgerbeteiligung hemmen jedoch den Ausbau. Das vorliegende Impulspapier einer interdisziplinären Arbeitsgruppe des Akademieprojekts ESYS nennt zwölf Handlungsoptionen, um Hemmnisse abzubauen und die Ausbaugeschwindigkeit auf die erforderlichen 15 bis 25 Gigawatt pro Jahr zu beschleunigen.“

→ [Zum Dokument](#)

Palacios, Sebastian/Bauknecht, Dierk/Kahles, Markus**Förderprogramm für Bürgerenergiegesellschaften in der Vorentwicklungsphase****UBA CLIMATE CHANGE 65/2021**

Oktober 2021

Aus dem Inhalt: „Ein Förderprogramm für Bürgerenergiegesellschaften in der Vorentwicklungsphase kann mehrere finanzielle Risiken in einem Ausschreibungssystem adressieren.“

Dies kann den Erhalt der Akteursvielfalt in den Auktionsrunden unterstützen. Die Förderung müssten die Bürgerenergiegesellschaften zurückzahlen, wenn ihr Gebot in den Ausschreibungen erfolgreich ist. Im Rahmen des Förderprogramms kann eine kostenlose Beratung dazu führen, dass Bürgerenergiegesellschaften umsetzbare Projekte planen und größere Aussichten auf einen Zuschlag haben. Die zuständige Beratungsstelle kann dabei klarstellen, wer die Förderung erhält und wie hoch die Chancen sind, dass die finanziellen Mittel zurückfließen. Diese Studie untersucht, wie ein solches Förderprogramm ausgestaltet werden sollte. Das Instrument wird in den Kontext anderer Instrumente zur Verminderung von Risiken für Bürgerenergiegesellschaften eingeordnet, um herauszufinden, ob andere Instrumente geeigneter für den Erhalt der Akteursvielfalt wären. Bestehende Beispiele dieser Förderform werden dargestellt.“

→ [Zum Dokument](#)

Reiner Lemoine Institut/Agora Energiewende

Der Photovoltaik- und Windflächenmesser - Methoden und Daten

November 2021

Aus dem Inhalt: „In diesem Begleitdokument werden die Daten und Annahmen, die zur Ermittlung der Potenzialflächen verwendet wurden, beschrieben und erläutert. Wind- und Photovoltaik-Potenzialflächen sind im Tool die Flächen, die übrig bleiben, wenn alle ausgeschlossenen Flächen abgezogen wurden, wie beispielsweise Siedlungsflächen oder Naturschutzgebiete. Je nach Bestimmungen wird ergänzend ein Abstand um Ausschlussflächen berücksichtigt.“

→ [Zum Dokument](#)

→ [Zum Flächenrechner](#)

4. Sonstiges

Agentur für Erneuerbare Energien

Der Windpark Ellerode bei Schloss Berlepsch – Erneuerbare Energien als Hilfe beim Denkmalschutz

Das Magazin zu Erneuerbaren Energien in Kommunen (KommMag), November 2021, S. 37-40

Aus dem Inhalt: „[...] Die Pflege historischer Gebäude ist aufwändig und kostet sehr viel Geld – einmal abgesehen von verpflichtenden Denkmalschutzaufgaben. Und hier kommen die Erneuerbaren Energien ins Spiel: Sie können beim Erhalt denkmalgeschützter Objekte eine Hilfe sein. Zur Finanzierung der laufenden Kosten des mehr als 650 Jahre alten Gemäuers trägt auch der Erlös aus dem benachbarten Windpark Ellerode bei, den die Familie vor einigen Jahren auf ihrem eigenen Grund hat errichten lassen. Der fünf Anlagen zählende Windpark deckt ein Drittel des Strombedarfs des rund 15.000 Einwohner zählenden Städtchens Witzhausen ab. Ein Schloss - unterstützt mit Hilfe des Windes.“

→ [Zum Dokument](#)

Agentur für Erneuerbare Energien

Frischer Wind für klamme Kassen: Wie Kommunen von der Windenergie profitieren können

Das Magazin zu Erneuerbaren Energien in Kommunen (KommMag), November 2021, S. 28-29

Aus dem Inhalt: „Die Klimakrise schreitet ungebremst voran und immer mehr Extremwetterereignisse lassen uns dies spüren - und zwar nicht irgendwo, sondern dort, wo wir leben, wohnen und zuhause sind. Gegen eine stetige Temperaturerhöhung und ihre katastrophalen Folgen hilft vor allem der konsequente und schnelle Umstieg auf eine zu 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung. Die Windenergie ist dabei der Leistungsträger in der Energiewende. Doch Windenergie braucht Fläche. Fläche, die auch von kommunaler Seite zur Verfügung gestellt werden muss, damit diese Technologie ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie**Kluge Köpfe, geschickte Hände – Arbeitsplätze in der Windbranche – eine wichtige Resource für klimaneutrales Wirtschaften**

November 2021

Aus dem Inhalt: „Die Windenergie als diejenige Erneuerbare Energie mit dem höchsten Anteil am Strommix gehört schon heute zu den preiswertesten Formen der Energiegewinnung und wird zunehmend zum Standortfaktor für neue Fabriken und Produktionsanlagen. Doch nicht nur die stromverbrauchende Industrie fordert den beschleunigten Ausbau der Windenergie ein. Auch die hochgesteckten Ziele beim Thema Wasserstoff und Sektorenkopplung machen weitere Windräder on- und offshore notwendig. Ihr Ausbau sichert die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie und gleichzeitig zehntausende vielfältige und zukunftsfähige Arbeitsplätze in ländlichen und vom Strukturwandel betroffenen Regionen. Neben den zahlreichen beruflichen Möglichkeiten an Firmensitzen profitieren Bürgerinnen und Bürger in den Standortgemeinden durch neue Wertschöpfung und finanzielle Teilhabe.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie**Ermittlung und Bewertung der Tötungswahrscheinlichkeit von kollisionsgefährdeten Brutvögeln an Windenergieanlagen – Weiterentwicklung der BWE-Positionen und -Vorschläge**

November 2021

Aus dem Inhalt: „In dem Positionspapier unterbreitet der BWE einen Vorschlag für die Ermittlung und Bewertung der Tötungswahrscheinlichkeit von kollisionsgefährdeten Brutvögeln an Windenergieanlagen.“

→ [Zum Dokument](#)

Verband kommunaler Unternehmen e.V.**Positionspapier zum Abbau von Hemmnissen beim Ausbau der Windenergie an Land und der Freiflächen-Photovoltaik**

Oktober 2021

Aus dem Inhalt: „Der Ausbau der erneuerbaren Energien trifft auf eine ganze Reihe von Hindernissen, die dringend angegangen werden müssen. [...] Insgesamt fehlt es trotz deutlich wachsender Stromverbräuche aufgrund neuer Stromanwendungen im Mobilitäts-

und Wärmesektor nach wie vor an dem Signal, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bezug auf die installierte Leistung deutlich an Fahrt aufnehmen soll, um die Klimaziele zu erreichen.“

→ [Zum Dokument](#)

Der Newsletter stellt eine Auswahl an windenergiebezogenen Themen dar und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Irrtümer, Fehler und Änderungen vorbehalten. Auf die Inhalte externer Internetseiten, auf die in diesem Newsletter verlinkt wird, hat die Stiftung Umweltenergierecht keinen Einfluss. Deshalb ist die Stiftung Umweltenergierecht für diese Inhalte nicht verantwortlich und kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr und Haftung übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist allein der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Um weiterhin als Zukunftswerkstatt für den Rechtsrahmen der Energiewende wichtige Impulse setzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung! Ihre Spende fördert unsere Forschung und hilft, die Energiewende voranzubringen.



Kontakt

Hannah Lallathin
Referentin Fundraising
lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken
IBAN: DE16 7905 0000 0046 7431 83
BIC: BYLADEMISWU

Stiftung Umweltenergierecht

Friedrich-Ebert-Ring 9
97072 Würzburg

Informationen zum Herausgeber

Herausgeber: Stiftung Umweltenergierecht, Friedrich-Ebert-Ring 9, 97072 Würzburg;
V.i.S.d.P.: Thorsten Müller; Kontakt: Tel.: +49 931/794077-0, Fax: +49 931/794077-29,
www.stiftung-umweltenergierecht.de, mail@stiftung-umweltenergierecht.de;
Stiftungsrat: Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Franz Reimer, Prof. Dr. Monika Böhm;
Stiftungsvorstand: Thorsten Müller, Fabian Pause, LL.M. Eur